

Dr. Johannes Verbeek
Avelsabcher Straße 31
54295 Trier

VeHaVerbeek@t-online.de
www.Johannes-Verbeek.de

Trier, den 22. Oktober 2010

„Maulkorb-Erlass“ in Trier?

Gendarstellung zum Antrag von Anka Klotz für die KV-Sitzung am 5. November 2010

Anka Klotz (KV Trier-Saarburg) stellt zur nächsten Sitzung des KV Trier-Saarburg einen Antrag vom 9. Oktober 2010, der mir verbieten soll, für die Partei DIE LINKE im Stadtrat zu sprechen. Nur noch Stadträtin Katrin Werner soll für DIE LINKE im Stadtrat Trier sprechen dürfen. Grund dafür sei, dass ich Ihrer Meinung nach nicht Mitglied der Partei sei und weil ich eine politische Entscheidung im Stadtrat getroffen habe, die Anka Klotz nicht teilt.

Der Antragstext hat keine satzungsmäßige Grundlage. Er widerspricht der solidarischen Grundhaltung unserer Partei, die eine maximale Nutzung der Personalressourcen für die politische Arbeit vorsieht. Zudem kann der Inhalt des Antrags erneut (wie meiner Einschätzung nach auch der Antrag auf Parteiausschluss vom Juli 2010) nur vor dem Hintergrund einer falschen Darstellung der Tatsachen bestehen. Im Folgenden wird diese falsche Darstellung der Ereignisse verdeutlicht und eine unzureichende Kenntnis der Satzungsgrundlagen seitens Anka Klotz offen gelegt, wodurch dem Antrag allein schon die Grundlage entzogen wird. Das fordert zumindest der logische Verstand. Die schädigende Wirkung des Antrags für die Partei, die in der öffentlichen Wahrnehmung in Trier und RLP zunehmend in den Misskredit einer autoritär agierenden Partei gerät, wird von der Antragstellerin nicht bedacht.

Richtigstellung der Begründung von Klotz:

Zu 1. Mein Widerspruch bei der Bundesschiedsstelle gegen die Entscheidung eines Parteiausschlusses in RLP, der seit dem 1. Oktober 2010 in Berlin vorliegt, hat eine aufschiebende Wirkung. Ich bleibe Vollmitglied der LINKEN. Auch weitere juristische Rechtsmittel (weltliches Gericht) würden eine aufschiebende Wirkung haben. Das ist juristisch schon längst abgeklärt und wurde mir von Wolfgang Ferner unmittelbar nach dem Verfahren in Bitburg und vor kurzem von Pascal Meiser (Berlin) durch eine Entschuldigung wegen einer fehlenden Beachtung bei der Zustellung von Mitgliederinfo bestätigt.

Zu 2. Ich habe die Änderung meines ursprünglich artikulierten Vorgehens und die Einleitung von Rechtsmitteln gegen das Urteil in RLP gegenüber der KV-Vorsitzenden Katrin Werner schriftlich erklärt. Ich gehe davon aus, dass diese in KV-Sitzungen Mitteilungen ihres Mit-Stadtratsvorsitzenden, der nicht mehr Mitglied des Kreisvorstandes ist, kommuniziert. Der Antragstellerin Anka Klotz liegt als Mit-Antragstellerin meines Parteiausschlusses sicher zwischenzeitlich zudem auch meine Begründung bei der Bundesschiedsstelle vor. Darin wird die veränderte Entscheidung ebenfalls ausführlich erklärt. Es ist also unnötig, so zu tun, als könne man in Trier meine Beweggründe für einen Einspruch in Berlin nicht.

Die Änderung einer ursprünglich artikulierten Absicht dürfte die Antragstellerin Klotz eigentlich nicht wundern. Katrin Werner hatte sich nach ihrem Austritt aus der Fraktion Anfang März 2010 binnen dreier Wochen unter Einbezug der Presse wieder anders entschieden und wollte ihren Fraktionsaustritt rückgängig machen. Hier ist über die parteischädigende Wirkung noch gar nicht gesprochen worden. Im Gegensatz zu

mir hat Katrin Werner ihr Verhalten zur Fraktionsfrage allerdings nie erklärt. Sie hat mit mir auch noch nicht kooperiert, obgleich sie nach eigener Aussage zur Fraktion bereit sei. (Dazu ist in der Anklageschrift zum Parteiausschluss sogar als offizielles Datum der 18. Mai genannt worden!) Ich biete Katrin Werner bei jeder Begegnung eine Fraktionsneubildung oder die Vorstufe einer Koordination des Abstimmungsverhaltens im Stadtrat an, was bislang von ihr noch nicht so gestaltet wurde, dass ein koordinierter öffentlicher Auftritt möglich ist. Ich bitte Anka Klotz nicht mit zweierlei Maß zu messen.

Zu 3. Es gehört zu der eigenwilligen Idee der Antragstellerin Anka Klotz, dass DIE LINKE von mir als Mandatsträger nicht vertreten werden darf. Wie ein ungeschriebenes Gesetz scheint zu gelten, dass die LINKE im Stadtrat nur Katrin Werner sei. Das ist rechtlich gesehen falsch. Ich habe natürlich das Recht den Briefkopf mit dem Parteologo zu nutzen und diesen mit meiner Adresse zu versehen, wenn ich Mandatsträger der Partei bin und schriftlich kommuniziere, weil ich politisch agiere. Ich war zu jedem Zeitpunkt seit dem 28. August 2010 Mitglied der Partei, da ich nach Eingang der schriftlichen Begründung der Landesschiedsstelle am 23. September 2010 die Vier-Wochen-Frist für einen Einspruch eingehalten habe. Die Kommunikation als Mandatsträger der Partei DIE LINKE mit dem Logo der Partei ist deshalb ein formal korrektes Verhalten und wird von Anka Klotz zu Unrecht beanstandet.

Zu 4. Im Gegensatz zu der Position, die die Antragstellerin in vollkommener Unkenntnis der Schulentwicklung in Trier artikuliert, gehe ich in eine inhaltliche Diskussion mit Stadtrat und Stadtverwaltung. Katrin Werner wurde über die Vertretung von Veronika Verbeek beim Runden Tisch Schulentwicklung informiert, Herr Marc-Bernhard Gleißner und Katrin Werner informieren mich allerdings nicht über die Besprechungen in Dezernaten und die Ergebnisse beim Schulträgereusschuss oder über ihr Fehlen wegen Abwesenheit oder Erkrankung. Ich diskutiere und entscheide vor dem Hintergrund einer vertieften Auseinandersetzung mit der Schulentwicklung als Lehrer und zusammen mit Sozialwissenschaftlern in meinem politischen Umfeld. Diese Vorbereitungstreffen sind mitgliederoffen. Ergebnisse werden unter www.DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier.de kommuniziert. Anka Klotz und die Stadträtin Katrin Werner haben sich an diesem Diskussionsprozess aus freien Stücken nicht beteiligt. Katrin Werner ist über mein politisches Handeln immer per E-Mail informiert, was sie aber gegebenenfalls so nicht im KV kommuniziert.

Durch den Kommunikationsboykott von Katrin Werner bin ich über ihre Entscheidungen und die Inhalte ihrer Reden im Stadtrat nicht informiert und mit diesen in vielen Fällen übrigens auch nicht einverstanden. Im Gegensatz zu Anka Klotz käme ich aber nicht auf die Idee, Katrin Werner das Wort im Stadtrat zu verbieten – sozusagen einen „Maulkorb“ zu verpassen – , sondern suche das politische Gespräch – ohne dabei allerdings damit seit einem Jahr bei der Stadträtin Katrin Werner erfolgreich zu sein.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass Katrin Werner vor wenigen Monaten nicht gegen die Privatisierung von Kindertagesstätten gestimmt hatte. Erst nachdem ich sie in der Sitzung darauf aufmerksam machte, hat sie ihr mir artikuliertes Abstimmungsverhalten (für den Beschluss!!, liegt schriftlich vor) geändert und sich zumindest enthalten. Dies sei nur als ein Beispiel unter anderen erwähnt, wenn von Anka Klotz nun plötzlich an mein politisches Handeln eine „linke Goldwaage“ angelegt wird, die aber leider nicht einmal an LINKER Programmatik geeicht ist: Das Programm der Partei DIE LINKE macht Aussagen über die Schulform, nicht aber über Schulstandorte in einer speziellen Stadt. Ich habe auch nicht gegen die „Schließung einer Schule“ gestimmt. Hier irrt Anka Klotz.

Über meine kommunalpolitische Grundhaltung und mein politisches Vorgehen als LINKER lade ich Anka Klotz gerne ein, mit mir zu diskutieren. Da zu meinem politischen Umfeld auch kreisübergreifend erfahrene LINKE Genossen und Genossinnen gehören, mit denen ich mich austausche, sehe ich in meinem politischen Handeln keine Widersprüche zur LINKER Programmatik. Interessant ist in diesem Zusammenhang zudem, dass mir von Anka Klotz kein sachpolitischer Beitrag und kein sachpolitische Diskussion mit ihr in den letzten 3 Jahren bekannt wurde.

Allgemeine Bemerkung

Es ist typisch für das Vorgehen von Anka Klotz und ihren möglichen Unterstützer/innen, dass nicht der politische Dialog gesucht wird, sondern die ganze Energie dafür verwendet wird, politische Gegner zunächst einmal erst zu erzeugen, dann aufrechtzuerhalten und emsig zu bekämpfen. Anka Klotz hat eine im Sande verlaufende Abwahlabsticht gegen meine Person im August 2009 initiiert, hat den Antrag zum Parteiausschluss im Juli 2010 unterschrieben und ist nun Antragstellerin für den „Maulkorberlass“ in Trier.

Leider vermisse ich bis heute eine solidarische Unterstützung meiner Person als politisch aktiver Stadtrat seitens des KV Trier-Saarburg, die im Übrigen satzungsgemäß festgelegt ist (§6 (2b)).

Ich biete Anka Klotz einen politischen Diskurs an, zumal sie im Parteiausschlussverfahren in ihrer vergleichsweise kurzen mündlichen Begründung bedauert hatte, dass sie mangels Gelegenheiten (nämlich nicht in der AG LINKE Stadtpolitik wegen einer veralteten E-Mail-Adresse persönlich eingeladen worden zu sein) mit mir nicht politisch zusammenarbeiten kann. Zu allen Veranstaltungen und zu allen wöchentlich stattfindenden Vorbereitungstreffen zu Stadtratsangelegenheiten bin ich präsent und man kann mit mir persönlich alle Positionen diskutieren. Von der seit Sommer sporadisch statt findenden „Kommunalen Beratung“ im Wahlkreisbüro Katrin Werner, die bislang auch in Abwesenheit der Stadträtin vonstatten gegangen sein muss, wurde ich bislang nicht vom KV (OV?) informiert. Eine Terminangabe auf der Homepage des Kreisverbandes (?), die erst vor wenigen Tagen eingestellt wurde, habe ich registriert, allerdings fehlt eine Angabe der Zeit. Erfahrungsgemäß findet ein Treffen mit (oder ohne) Katrin Werner immer dann statt, wenn bekannt ist, dass ich einen Termin habe: z.B. die AG DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier seit April 2010, montags ab 18.00h.

Es sei an dieser Stelle auch darauf hingewiesen, dass mit diesem Antrag die Maxime einer bestmöglichen Kooperation zwischen den Stadträten konterkariert wird. Es widerspricht dem solidarischen Gedanken unserer Partei.

Es ist meine Empfehlung an Anka Klotz, den Antrag wegen mangelnder Passung mit der Satzung der Partei DIE LINKE und wegen mangelnder Sachlichkeit zurückzuziehen. Nach §10 der Landessatzung haben Kreisverbände die Aufgabe, in ihren Beschlüssen nicht gegen das Programm und die Satzung der Partei zu verstoßen.

Mit dem Antrag eines „Maulkorbes“ für mich als Mandatsträger der Partei DIE LINKE und der Wirkung nach außen ab der nächsten Stadtratssitzung wird sich die LINKE in Trier komplett lächerlich machen.

Die Situation in Trier wird nur befriedet, wenn Katrin Werner auf die Kooperationsangebote, die ihr erneut schriftlich von mir vorliegen, eingeht. Hierin sollten die Unterstützer/innen der Stadträtin Werner ihre Energie hin verwenden. Zudem ist es an der Zeit, auch im Unterstützerkreis von Katrin Werner zur koordinierten und kommunizierten Sachpolitik für Trier zu kommen, statt von dieser ununterbrochen durch Kampffattaken abzulenken.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Verbeek

Diese Gegendarstellung wird den mir bekannten Mitgliedern im KV Trier-Saarburg zugestellt, die auch den Antrag von Anka Klotz erhalten haben. Zudem wird dieser Text in parteiinternen Foren publiziert werden. Eine Pressemitteilung werde ich nach einer Entscheidung des KV Trier-Saarburgs tätigen, falls diese meine Mandatstätigkeit behindern sollte.